

borderline-europe

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.



**NEWSLETTER
ITALIEN**

September-Oktober 2018

ITALIEN

- **Sechs tunesische Fischer freigelassen**
- **Zivile Proteste Zurückschiebungen nach Libyen kosten Menschenleben –Italien trägt daran mit Schuld**
- **Zurück nach Tunesien**
- **Diskussion um neue Hotspots**
- **Salvinis Dekret der Asylrechtsverschärfungen**
- **Rücknahmeabkommen zwischen Italien und Deutschland - noch in Planung**
- **„Die Bestie“ – die Propaganda-Software**
- **Gewalt und Rassismus – ein Vorwurf aus dem UN-Menschenrechtsrat**
- **Polizeigewalt mit neuen Waffen**

ITALIEN

Sechs tunesische Fischer freigelassen

Seit Ende August saßen sie in Agrigento in Haft. Ihre „Straftat“: sie hatten 14 Migrant*innen aus Seenot gerettet. Beihilfe zur illegalen Einreise wird ihnen vorgeworfen. Doch Chemseddin Bourassin und seine fünf Kollegen sind keine Unbekannten: sie haben während des Fischens schon viele Menschen gerettet und viele Tote aus dem Mittelmeer geborgen. Sie sind sogar für den Friedensnobelpreis nominiert worden. Doch der italienische Staat sieht nur eines: Schließung der Grenze um jeden Preis. Die Geschichte der sechs tunesischen Fischer lesen Sie [hier](#).



Sit-in für die sechs verhafteten tunesischen Fischer in Palermo

Zurückschiebungen nach Libyen kosten Menschenleben –Italien trägt daran mit Schuld

Seit Wochen befindet sich Tripolis im Straßenkampf, Milizen versuchen die Stadt zu erobern, die Gemengelage ist undurchsichtig und gefährlich. Fakt ist, dass [Präsident al-Serraj seinen Bunker nicht verlassen kann](#), da es zu gefährlich ist. Fakt ist auch, dass UN-Vertreter*innen, die bisher Zugang zu den staatlichen Haftzentren für Migrant*innen hatten [diese nun nicht mehr betreten](#) und auch nicht mehr bei den Ankünften der Boote mit den zurückgeholten Geflüchteten im Hafen zugegen sein dürfen. [Eine libysche Inter-netzeitung](#) berichtete Anfang September, dass Hunderte von Flüchtlingen und Migrant*innen inmitten der erneuten Kämpfe in Tripolis in einem Gefangenenlager ausgesetzt wurden, nachdem sie Anfang des Jahres von der von

der EU unterstützten Küstenwache nach Libyen zurückgebracht worden waren.

Die lokalen Milizen des Präsidentsrates, die das Gefangenenlager bewachen - ein Gefängnis in Ain Zara, Süd-Tripolis - seien weggelaufen. Es gebe keine Nahrung und kein Wasser. Unter den Hunderten, die noch dort seien, gebe es viele schwangere Frauen und Kinder. "Wir hören Maschinengewehre, Panzer, große Bomben. Wir sehen vom Dach aus, dass es nur Feuer ist, alles überall. Wir sehen Kugeln über uns hinweggehen und schwere Waffen auf der Straße." Italien hat im Februar 2017 ein Abkommen mit dem Libyen al-Serrajs geschlossen (Memorandum of Understanding), in dem es auch um die Finanzierung der so genannten libyschen Küstenwache geht. Dies wurde von Menschenrechtsgruppen heftig kritisiert, während der ehemalige Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte Zeid Ra'ad al-Husseini den Schritt als "unmenschlich" verurteilte. Dennoch leitet die italienische Küstenwache alle Hilferufe zur Seenotrettung nach Libyen weiter. Zurück in die Hölle.

Zurück nach Tunesien

Die Ankünfte in Italien beschränken sich mittlerweile auf kleine Boote, die es selbstständig bis an die italienische Küste schaffen. Besonders auffällig war die Ankunft von 184 Tunesier*innen auf sieben Booten, die am 14. September auf Lampedusa an Land gingen. Salvini reagierte darauf - wie erwartet - sehr aufgebracht und kündigte sofortige die Abschiebung nach Tunesien an. Doch aus Tunis gibt es [ein klares Nein zu beschleunigten Sonderabschiebungen](#). Lediglich [80 Personen](#) dürften laut der tunesischen Regierung mit zwei Flügen pro Woche zurückgeschoben werden. Dies hat eine lange Warteschlange zur Folge: Im Jahr 2018 war Tunesien mit rund 4.200 Menschen an der Spitze der Herkunftsländer der Ankünfte. Von diesen wurden 3.500 ausgewiesen, aber nur 1.700 wurden tatsächlich zurückgebracht. Eine Chance auf ein normales Leben in Europa bekommt kaum jemand.



Die Liste derer, die noch zurückgeschoben werden sollen, ist lang: es handelt sich um ca. 1.800 Personen. Derweil [blockiert die tunesische Regierung weitere Abschiebungen](#) auch im Norden Italiens. Einige der Betroffenen werden zurück in die Haftzentren oder in den Hotspot nach Trapani gebracht, andere erhalten eine Ausreiseaufforderung in die Hand und sollen Italien selbst innerhalb von einer Woche verlassen. Europäer*innen ist es übrigens möglich, ohne Probleme in Tunesien einzureisen und sich dort einen billigen Wohnsitz zu beschaffen und z.B. zu überwintern.

Diskussion um neue Hotspots

Seit 2015 geht es hin und her – soll einer der bis Juni 2018 größten Anlandungshäfen Siziliens einen Hotspot bekommen oder nicht? Der Militärhafen von Augusta, komplett abgesperrt und unzugänglich für ein Monitoring der Anlandungen, soll nun wieder freigegeben werden, denn [es wird hier keine Ankünfte mehr geben](#) und auch kleinere Boote, die selbst die Küste erreichen, werden nicht mehr hierher umgeleitet. Damit ist die sizilianische Petrochemiestadt Augusta laut Innenministerium raus aus dem Reigen der evtl. zu bauenden neuen Hotspots. Der funktionierende Hotspot Pozzallo oder andere Zentren sollen die Arbeit der Identifizierung übernehmen. Der so genannte „Hotspot Approach“ wurde mit der europäischen Migrationsagenda 2015 in Griechenland und Italien eingeführt. Hier werden die ankommenden Geflüchteten relativ willkürlich nach Nationalität (und oftmals nicht nach individuellen Geschichten, wie es eigentlich sein müsste) in so genannte Wirtschaftsmigrant*innen und in potentielle Asyl-

suchende getrennt. Viele Geflüchtete sind dadurch entrechtet worden und konnten keine Asylanträge stellen. Derzeit funktionieren in Italien nur Pozzallo und Messina (das Zentrum nennt sich allerdings nicht Hotspot, da die Bevölkerung einen solchen nicht wollte. Unter anderem Namen geschieht hier jedoch das Gleiche wie in einem Hotspot). Lampedusa ist auf wenige Plätze zurückgefahren worden. Trapani im Westen Siziliens funktioniert aufgrund der wenigen Ankünfte eher als Abschiebungshaft für ankommende tunesische Migrant*innen. Taranto auf dem Festland ist ebenfalls vorübergehend geschlossen. In [Pozzallo warten seit Juli 2018 Migrant*innen](#) auf eine europäische Umverteilung. Diese war für Innenminister Salvini die Voraussetzung, ein Frontex- und ein italienisches Zollschiff mit ca. 450 Geretteten anlegen zu lassen. Die monatelangen Diskussionen um Eröffnungen neuer Hotspots ist seit der „Machtübernahme“ Salvinis eingeschlafen. Verständlich, denn die Politik der geschlossenen Häfen zeigt Wirkung.

Lesen Sie auch: [Salvinis Italien - Abschottungspolitik auf Kosten von Menschen in Seenot](#). Hier finden Sie unregelmäßige Updates zur Seenotrettungspolitik

Salvinis Dekret der Asylrechtsverschärfungen

Am 24. September winkte der Ministerrat den neuen Gesetzesentwurf zu „Sicherheit und Migration“ von Innenminister Matteo Salvini durch. Er enthält repressive Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit und schränkt die Asyl- und Migrationsrechte enorm ein.

Die Vereinigung für juristische Studien zu Immigration (ASGI) fasst in einem ersten Rechtsinweis die „[Hauptmerkmale](#) für eine Verfassungswidrigkeit“ in Salvinis Dekret zusammen. Laut ASGI sind sieben verfassungswidrige Punkte zentral: 1. Abschaffung des humanitären Aufenthaltstitels, 2. Inhaftierung von Asylsuchenden zum Zwecke der Identifizierung, 3. Möglichkeit der Inhaftierung in Polizeieinrichtungen/Grenzkontrollstellen, wenn kein Abschiebungshaftplatz zur Verfügung steht, 4. Möglichkeit der Aussetzung des Asylverfahrens aufgrund von Strafverfahren, 5. Unter-

bringung im SPRAR-System (Zweitaufnahme) nur noch für unbegleitete Minderjährige und Schutztitelinhaber*innen, 6. keine Wohnsitzanmeldung für Asylsuchende mehr möglich, 7. hochideologische und unangemessene Elemente als Grundlage für die Verweigerung der Erteilung und den Entzug der Staatsbürgerschaft.

Der neue Gesetzeserlass zu Sicherheit und Migration sei jenseits der Propaganda nicht einmal geeignet, die Menschenhändler zu bekämpfen, die von der Schließung der Grenzen und der Unmöglichkeit der legalen Einreise nach Italien und Europa leben.



Salvini und Conte selbstsicher am 24. September in Rom. (Foto ANSA)

Lesen Sie [hier](#) eine Übersicht der neuen Regelungen von Tabea Dibah Jian, borderline-europe.

Rücknahmeabkommen zwischen Italien und Deutschland - noch in Planung

Der italienische Innenminister Matteo Salvini verhandelt mit seinem deutschen Kollegen über ein Rücknahmeabkommen. Beide stehen sich in Asyl- und Migrationsfragen sehr nah: Sie haben der Migration den Kampf angesagt und würden am liebsten den Zugang für Migrant*innen zum nationalen Territorium komplett verwehren.

Nun verhandeln die beiden Länder, wie mit Migrant*innen und Geflüchteten, die in Italien ankommen und auf dem Weg Richtung Norden die deutsch-österreichische Grenze passieren wollen, zukünftig umgegangen werden soll. Seehofer möchte durchsetzen, dass Personen, die bereits in Italien mit einem Finger-

abdruck (Eurodac) registriert wurden, [innerhalb von 48 Stunden zurückgeschoben](#) werden können. Diese Vereinbarung wurde [bereits im August von Berlin mit den Regierungen von Madrid und Athen](#) unterzeichnet.

Während Seehofer am 13. September im Bundestag verkündete, auf technischer Ebene [hätten die beiden Minister bereits alles ausgehandelt](#) und die Abmachung liege nun bei Salvini auf dem Tisch, zögerte dieser, denn mit der Hafenschließung hatte er bereits den Zugang zu Italien blockiert, mehr Migrant*innen möchte er nicht im Land haben. Der italienische Innenminister verlangt einen „Nullsaldo“, d.h. die Anzahl der Personen, die Italien zurückerhält, muss der gleichen Anzahl entsprechen, die Deutschland durch Umverteilung von den ankommenden Schiffen in Italien aufnimmt. Am 14. September bei der Migrationskonferenz in Wien verlangte Salvini zusätzlich, "dass Deutschland uns [bei der Änderung der Regeln für die EU-Mission](#) Sophia (Eunavfor Med) unterstützt."

Bisher scheint es noch zu keiner endgültigen Einigung gekommen zu sein. Beide Minister sind darauf bedacht, ihre Grenzen abzuschotten. Über Menschen wird wie Zahlen verhandelt und wenn es um Migrant*innen geht bevorzugen Seehofer wie Salvini die Zahl Null.

„Die Bestie“ – die Propaganda-Software

Salvini und seine Partei „Lega“ leben von ihrer Propaganda-Maschinerie, und das im wahrsten Sinne des Wortes. Wie genau die Social Media zu einem politischen Instrument der Lega werden, erklärt Alessandro Orłowski, ehemaliger Hacker und digitaler Spindoktor, in einem Interview (erschien auf Italienisch am 13. Juli) mit der Zeitschrift „Rolling Stone“. Mehr dazu finden Sie [hier](#).

Gewalt und Rassismus – ein Vorwurf aus dem UN-Menschenrechtsrat

Die letzten Monate waren geprägt von rassistischen Übergriffen und Anfeindungen gegen Migrant*innen in ganz Italien. Die europäische und insbesondere italienische Abschottungspolitik angeführt von Salvini hat dazu beige-

tragen, Rassismus zu bekräftigen und den Schutz für Migrant*innen hingegen weiter abzubauen. Bei dem UN-Menschenrechtskongress am 10. September in Genf kündigte die neue UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Michelle Bachelet daraufhin an, Personal nach Italien zu senden, um die gemeldete starke Zunahme von Gewalttaten und Rassismus gegen Migrant*innen, vor allem gegen Menschen afrikanischer Herkunft und Roma, auszuwerten. Außerdem klagte sie die Hafengeblockade der italienischen Regierung für NGO-Schiffen und [ihre verheerenden Folgen für besonders verletzte Personen](#) an. Ein weiteres Team ist aus gleichen Gründen auch für Österreich vorgesehen.

Salvini geht direkt zu einer Rechtfertigung über. Da Italien die letzten Jahre alleine vor der Bewältigung illegaler Einwanderung gestanden habe, ließe er sich jetzt keine Lehren von irgendwem geben, [vor allem nicht von der UN](#), die er sogleich als „voreingenommen und schlecht informiert“ diffamiert. Die typische Salvini-Rhetorik, in der er sich selbstbewusst und unangreifbar inszeniert. Auch aus dem italienischen Außenministerium ertönen sofort verteidigende Stimmen. Dank Italiens Beitrag sei die Zahl der Opfer von Schiffbrüchen im Mittelmeer seit Anfang 2018 um 52% gegenüber dem gleichen Zeitraum in 2017 gesunken. [„Wir sind stolz darauf“](#), brüsten sie sich.

Bachelet reagiert darauf unbeeindruckt und stellt richtig, dass obwohl die Zahl der Migrant*innen, die das Mittelmeer überqueren und somit auch die Todeszahlen zurückgegangen sind, die Sterblichkeitsrate in den ersten sechs Monaten des Jahres noch höher als in der Vergangenheit war.

Polizeigewalt mit neuen Waffen

Salvinis neues Dekret „Sicherheit und Migration“ zeugt von seinem Kampf gegen Migranten¹ und wirft die Frage auf, wem denn überhaupt Sicherheit versprochen wird (siehe auch

Abschnitt Dekret Salvini). Denn nach Salvinis Logik sind es die Italiener, die durch die angeblich kriminellen Migranten geschützt werden müssten. Die Angst der Bedrohung wird durch seine rechte Propaganda geschürt und die starke Repression gegen Migrant*innen legitimiert. Dies lässt sich gut an dem Beispiel einer der neuen Sicherheitsmaßnahmen zeigen. Die Neuerung sieht vor, dass die Polizei mit Elektroschockpistolen, sogenannten Tasern, ausgestattet wird. Amnesty International wendete sich bereits an den Polizeichef Franco Gabrielli und kritisierte, die Waffe würde in den meisten Fällen in verschiedenen Ländern, in denen sie zum Einsatz kommt, [gegen verletzte Personen](#) sowie jene, die keine unmittelbare und ernsthafte Bedrohung für das Leben oder die Sicherheit anderer darstellen, eingesetzt werden. Der italienische Innenminister schildert dazu passen einen Fall, der mit der Einschätzung von Amnesty äußerst kritisch betrachtet werden muss. „In Mailand wurde ein Malier, der ein Messer bei sich trug, ["überzeugt", die Waffe fallen zu lassen](#) - behauptet Salvini. Der Taser hätte nicht einmal bis zum Ende benutzen werden müssen, es reichte die Person kurz das Knistern spüren zu lassen. Es ist eine unfassbar perfide Beschreibung, die repressive Maßnahmen hoch lobt und dabei vorgibt, Sicherheit zu schaffen. Rassistische Einstellungen tauchen in vielen gesellschaftlichen Bereichen auf, auch innerhalb der Polizei. Salvini betont den Einsatz der Taser in Verbindung mit Migrant*innen und befürwortet damit gleichzeitig rassistische Polizeigewalt. Italien bietet somit immer weniger Sicherheit für Migrant*innen.

Kontakt

borderline-europe
Menschenrecht ohne Grenzen e.V.

<https://www.borderline-europe.de/>
mail@borderline-europe.de
jg@borderline-europe.de

¹ Kein Sternchen*, Salvini würde niemals gendern!